



BSW

Wehrpaß

GRÜNE FÜR WEHRPFLICHT

Das BSW bleibt die einzige konsequente Kraft gegen den Kriegskurs.

Die Grünen haben das neue Wehrdienstgesetz im Bundesrat passieren lassen. Trotz gegenteiliger Versprechen im Bundestag und klarer Parteitagebschlüsse gegen eine Dienstpflicht, stimmten Landesregierungen, an denen sie beteiligt sind, dem Vorhaben von SPD, CDU und CSU zu. Damit wird deutlich, wo diese Parteien stehen: Wer Frieden verspricht, aber die Rückkehr zum Zwangsdienst ermöglicht, betreibt Wählertäuschung auf Kosten der jungen Generation.

Das BSW steht für eine andere Politik. Für uns ist klar: Unsere Jugend darf nicht zum Spielball geopolitischer Machtinteressen werden. Wir lehnen es entschieden ab, dass junge Menschen in einen Zwangsdienst gepresst und im schlimmsten Fall als Kanonenfutter in einem eskalierenden Konflikt gegen Russland verheizt werden. Deshalb haben die Landesregierungen in Brandenburg und Thüringen, an denen das BSW beteiligt ist, im Bundesrat konsequent die Zustimmung verweigert. Wir lassen nicht zu, dass unsere Kinder für eine verfehlte Außenpolitik geopfert werden.

Wir fordern Diplomatie statt immer neuer Eskalation und eine Bundeswehr, die rein zur Landesverteidigung fähig ist, anstatt einer hochgerüsteten Armee für weltweite Spannungen. Der aktuelle Kurs der Bundesregierung hin zur sogenannten Kriegstüchtigkeit führt in eine gefährliche Sackgasse. Wir kämpfen für eine Politik, die soziale Sicherheit und Diplomatie über Rüstungsgewinne stellt. Wer konsequenten Frieden will, findet im BSW seinen Partner. Wir setzen uns weiterhin lautstark gegen jede Form der Wehrpflicht ein – für eine Zukunft ohne Zwang und ohne Krieg!